

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Ämtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## Wintel-Imperium gibt den Takt an

Heute mit Computer 97



EDV-Laien sind heute beim Kauf eines Computers schnell überfordert. Viele Käufer überlassen zu einem grossen Teil die Entscheidung dem Händler – und merken erst zuhause, dass sie eigentlich etwas ganz anderes brauchen.

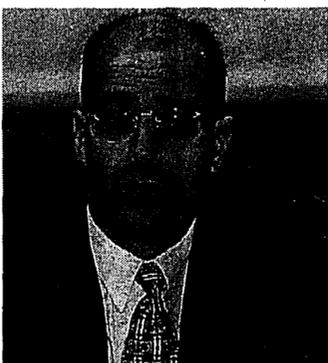
Beim Kauf eines multimedia-tauglichen PC's müssen heute viele Faktoren beachtet werden. Aus diesem Grund startet das VOLKSBLATT heute eine achtteilige Serie rund um den PC. Auf unserer Computerseite finden Sie unter anderem folgende Themen:

- Was ist beim PC-Kauf zu beachten?
  - VOLKSBLATT-Ratgeber: Ist der Datentransport beeinflussbar?
  - Internet bietet der Dritten Welt neue Perspektiven
  - Neu auf Liechtenstein Online: Kreuzworträtsel
- Die neuesten Entwicklungen auf dem Computer- und Multimedia-Markt jeden Donnerstag im VOLKSBLATT. Heute auf Seite 21.

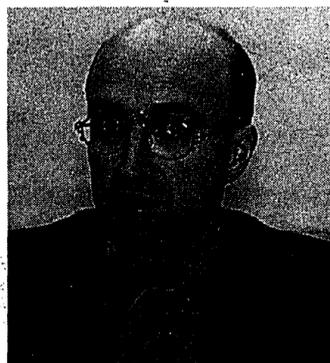
## Erst auf Druck der FBPL wurde Anzeige erstattet

Die Krankenkassen-Affäre zieht einen weiteren Kreis – Staatsanwaltschaft erhielt Auftrag zur Abklärung wegen strafrechtlicher Verfolgung

(G.M.) – Scheibchenweise rücken in der Krankenkassen-Affäre immer neue Aspekte in den Vordergrund. Obwohl Regierungsrat Michael Ritter vor kurzem noch erklärte, die Angelegenheit mit den ungesetzlich bezogenen Subventionen für Krankenkassen-Prämien sei erledigt, ist nun die Staatsanwaltschaft mit Abklärungen wegen strafrechtlicher Verfolgung von fehlbaren Personen bei den Krankenkassen und den Revisionsstellen beauftragt worden. Die Anklage wurde jedoch erst auf massiven Druck der Fortschrittlichen Bürgerpartei in Liechtenstein (FBPL) erhoben.



Regierungschef Mario Frick: Warum hält sich der Finanzminister in dieser Finanz-Affäre zurück?



Regierungsrat Michael Ritter: Warum erst auf Druck eine strafrechtliche Untersuchung?

Die Krankenkassen-Affäre hat nicht eine Dimension von 3,5 Prozent von den gesamten Krankenkassen-Subventionen, wie Regierungsrat Michael Ritter immer wieder versicherte, sondern besitzt eine Grössenordnung von etlichen Millionen Franken. Hätte nicht der FBPL-Abgeordnete Rudolf Lampert im Landtag eine kleine Anfrage wegen zuviel bezogener Krankenkassen-Subventionen gestellt, der Fall wäre vielleicht gar nie an die Öffentlichkeit gekommen.

• Warum hat Wirtschafts- und Sozialminister Michael Ritter den Fall Krankenkassen-Subventionen nicht von sich aus der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht, zumal es sich doch um mehrere Millionen an Steuergeldern handelt?

Als bekannt wurde, dass auf ungesetzliche Art und Weise Krankenkassen-Subventionen in erheblichem Ausmass beansprucht wurden, fragten Steuerzahler nach der strafrechtlichen Dimension der Angelegenheit. Regierungsrat Ritter beschränkte sich auf den Hinweis, mit den Krankenkassen würden die zuviel ausbezahlten Subventionen verrechnet – der Fall sei somit erledigt, weil niemand zu Schaden gekommen sei. Erst lange Zeit nach Bekanntwerden der Affäre, insbe-

sondere aber auf Druck der FBPL, wurde die Staatsanwaltschaft beauftragt, gegen die fehlbaren Personen in Krankenkassen und Revisionsstellen vorzugehen.

• Warum musste zuerst Druck gemacht werden, bevor eine genaue Abklärung des strafrechtlichen Aspektes durch die Staatsanwaltschaft in Auftrag gegeben wurde?

Regierungsrat Michael Ritter verfolgte in den letzten Wochen eine «Scheibchen-Politik» – immer nur so viel

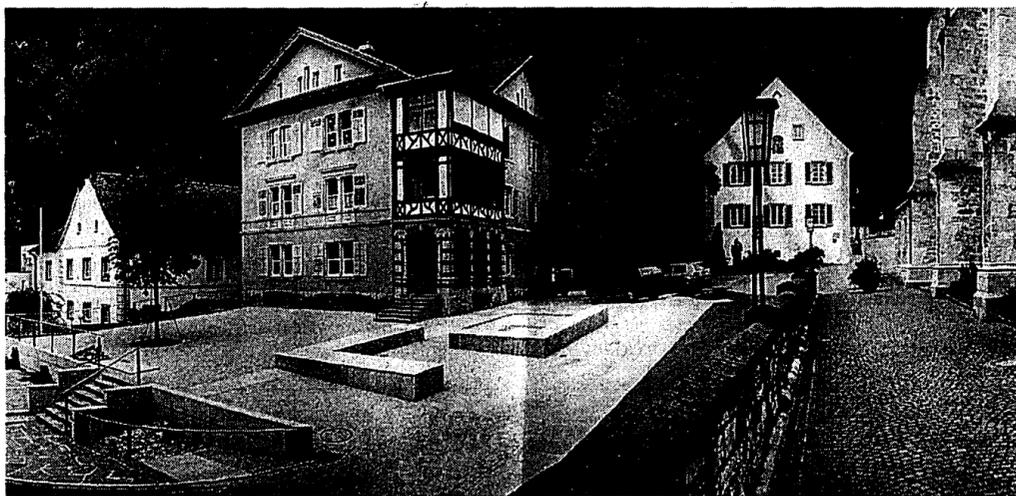
bekanntgeben, als gerade notwendig war. Zwar sprach er im «Liechtensteiner Vaterland» davon, dass er die politische Verantwortung für die Krankenkassen-Affäre übernehme, doch stellte er sich nicht vor das Amt für Volkswirtschaft, sondern versuchte Amtsleiter Dr. Hubert Büchel in den Fall hineinzuziehen. Dabei war es das Amt für Volkswirtschaft, das bei der Regierung bzw. beim Ressortinhaber auf die Unregelmässigkeiten bei den Krankenkassen-Subventionen hinwies.

• Wieso nimmt Regierungsrat Michael Ritter seine politische Verantwortung nicht richtig wahr? Und warum hält sich Regierungschef Mario Frick – zuständig für die Finanzen und damit auch für die Subventionen – in dieser Angelegenheit zurück?

Regierungsrat Michael Ritter, ein erfahrener Mann in Sachen Parteizugehörigkeit, hat sich öffentlich in einer Radio-Sendung darüber beklagt, dass die Presse in unserem Land sehr einseitig berichtet. Er würde jeweils für Auskunft zur Verfügung stehen, wenn er angefragt werde. Im Gegensatz zum VU-Ford-Werbeslogan «Die tun was» war er am letzten Montag für das VOLKSBLATT nicht erreichbar – dafür stand am nächsten Tag seine Rechtfertigung in Sachen Krankenkassen-Affäre im «Liechtensteiner Vaterland».

## Erfolgreiche Tätigkeit der FBPL-Regierungsmitglieder

Regierungskandidaten Thomas Büchel, Dr. Cornelia Gassner und Marie-Louise Eberle legen Bilanz vor



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel, Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner und Regierungsrat-Stellvertreterin Marie-Louise Eberle können auf eine erfolgreiche Tätigkeit in der Regierung verweisen. In einem Rückblick über die zu Ende gegangene Legislaturperiode – darunter die Neugestaltung des Schädlers-Hauses mit Zivilstandamt – legen sie Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Den Rückblick können Sie auf den Seiten 3 bis 5 nachlesen.

## 550 Millionen für Aufschwung

Bern (AP) Der serbelnden Schweizer Wirtschaft soll mit einer Investitionspritze von 550 Millionen Franken und mit Steuererleichterungen auf die Beine geholfen werden. Das Echo auf diesen Grundsatzentscheid des Bundesrats fiel am Mittwoch gemischt aus.

Die Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz und Kaspar Villiger präsentierten am Mittwoch folgende Pläne zur Konjunkturanhebung: Erstens will der Bund durch teilweise Aufhebung der Kreditsperre sowie durch Unterhalts- und Infrastrukturinvestitionen insgesamt rund 550 Millionen Franken bereitstellen. Falls Kantone und Gemeinden mitziehen, könnte dadurch ein Auftragsvolumen von knapp zwei Milliarden Franken ausgelöst werden. Zweitens sollen Teile aus dem Paket der Unternehmenssteuerreform vorgezogen verwirklicht werden, um damit den Standort zu stärken. Drittens werden administrative Erleichterungen für die kleinen und mittleren Unternehmen ins Auge gefasst.

## 6293 ausländische erwerbstätige Jahresaufenthalter und Niedergelassene

Ausländerstatistik per 31. August 1996 von der Statistikabteilung des Amtes für Volkswirtschaft und der Fremdenpolizei herausgegeben

(pafl) – Im Zeitraum vom 31. August 1995 bis 31. August 1996 nahm die ständige ausländische Wohnbevölkerung (ohne Saisoniers, Kurzaufenthalter und Zollbeamte mit Angehörigen) um 169 Personen zu (1,5 %). Im Vergleich zum Vorjahr war der Zuwachs um 91 Personen geringer. Dies geht aus der Ausländerstatistik per 31. August 1996 hervor, die von der Statistikabteilung des Amtes für Volkswirtschaft in Zusammenarbeit mit der Fremdenpolizei veröffentlicht wurde.

Seit dem 1. Januar 1996 wurden 102 erstmalige Aufenthaltsbewilligungen erteilt. 28 Bewilligungen wurden an Schweizer Bürger und je 13 an deutsche und österreichische Staatsangehörige vergeben. Neue Bewilligungen wurden aufgrund der Prioritätsordnung erteilt, wobei Gesuche der ersten vier Prioritäten von der Fremdenpolizei ohne Zu-

stimmung der Regierung in eigener Kompetenz bewilligt werden können. Für die Versorgungsbetriebe der vierten Priorität, wie Betriebe des Bäcker-, Metzger-, Gast- und Garagengewerbes, wurden im Mai 15, im Juni 9, im Juli 12 und im August 11 Personen neu bewilligt.

Betrachtet man die Monate Mai bis August 1996, so fällt auf, dass Neuzulassungen in den Branchen der ersten vier Prioritäten anteilmässig jeweils überwiegen und zwischen 32 bis 67 % aller in den jeweiligen Monaten erteilten neuen Aufenthaltsbewilligungen ausmachen. Die Prioritätsordnung wirkt sich hier somit als Einwanderungsschleuse aus, während die Arbeitslosenzahl in diesen Bereichen kontinuierlich hoch ist und sogar leicht ansteigt.

Die neu erteilten Niederlassungsbewilligungen nahmen im Berichtszeitraum von 52 auf 36 ab. Von den 36 Bewilligun-

gen betrafen 12 Schweizer Bürger und 10 türkische Staatsangehörige. Nach der gültigen Gesetzgebung wird die Niederlassungsbewilligung in der Regel nach 10jährigem ordnungsgemässen ununterbrochenen Aufenthalt erteilt. Schweizer Bürger und österreichische Staatsangehörige erhalten diese bereits nach fünf Jahren. Aufenthaltsbewilligungen und Niederlassungsbewilligungen infolge Heirat oder Geburt werden auf Grund eines Rechtsanspruches erteilt. In den Monaten Mai bis August entfielen rund 25 % der neuerteilten Bewilligungen auf diese Bewilligungsart. Dazu betrafen nochmals so viele Bewilligungen den Familiennachzug, auf den unter gewissen Voraussetzungen ebenfalls ein Rechtsanspruch besteht.

### 190 Abmeldungen

Mit 190 Abmeldungen gegenüber 182

im Vorjahr bewegten sich die Abmeldungen der Jahresaufenthalter und Niedergelassenen ungefähr im gleichen Rahmen wie im Vorjahr.

Von den 6293 ausländischen erwerbstätigen Jahresaufenthaltern und Niedergelassenen pendelten 9,3 % ins Ausland. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 0,3 %.

Die Zahl der Grenzgänger aus Österreich erhöhte sich um 295 (6,8 %) auf 4604 Personen, die der erwerbstätigen Kurzaufenthalter um 48 (35,0 %) auf 185 Personen.

Die Grenzgänger aus Österreich arbeiteten vorwiegend in folgenden Branchen: Maschinen- und Fahrzeugbau 1211, Herstellung von Nahrungsmitteln 472, Metallbearbeitung und Metallverarbeitung 287, Herstellung von Kunststoff- und Kautschukwaren 285, Rechts- und Wirtschaftsberatung 268, Handel 264.

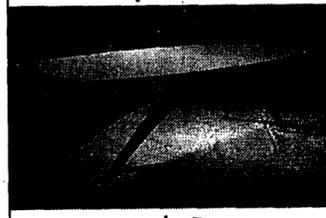
## DESIGN TISCHE



... alle Holzarten



... jedes Mass



... jede Form

# THONY

▲ WOHNEN

FL-9494 Schaan • Bahnhofstrasse 16  
Tel.: 075/237 41 41 • Fax: 075/237 41 42